/// Die Entwicklung in Ostasien

DER STREIT UM DIE DIAOYUTAI- / SENKAKU-INSELN

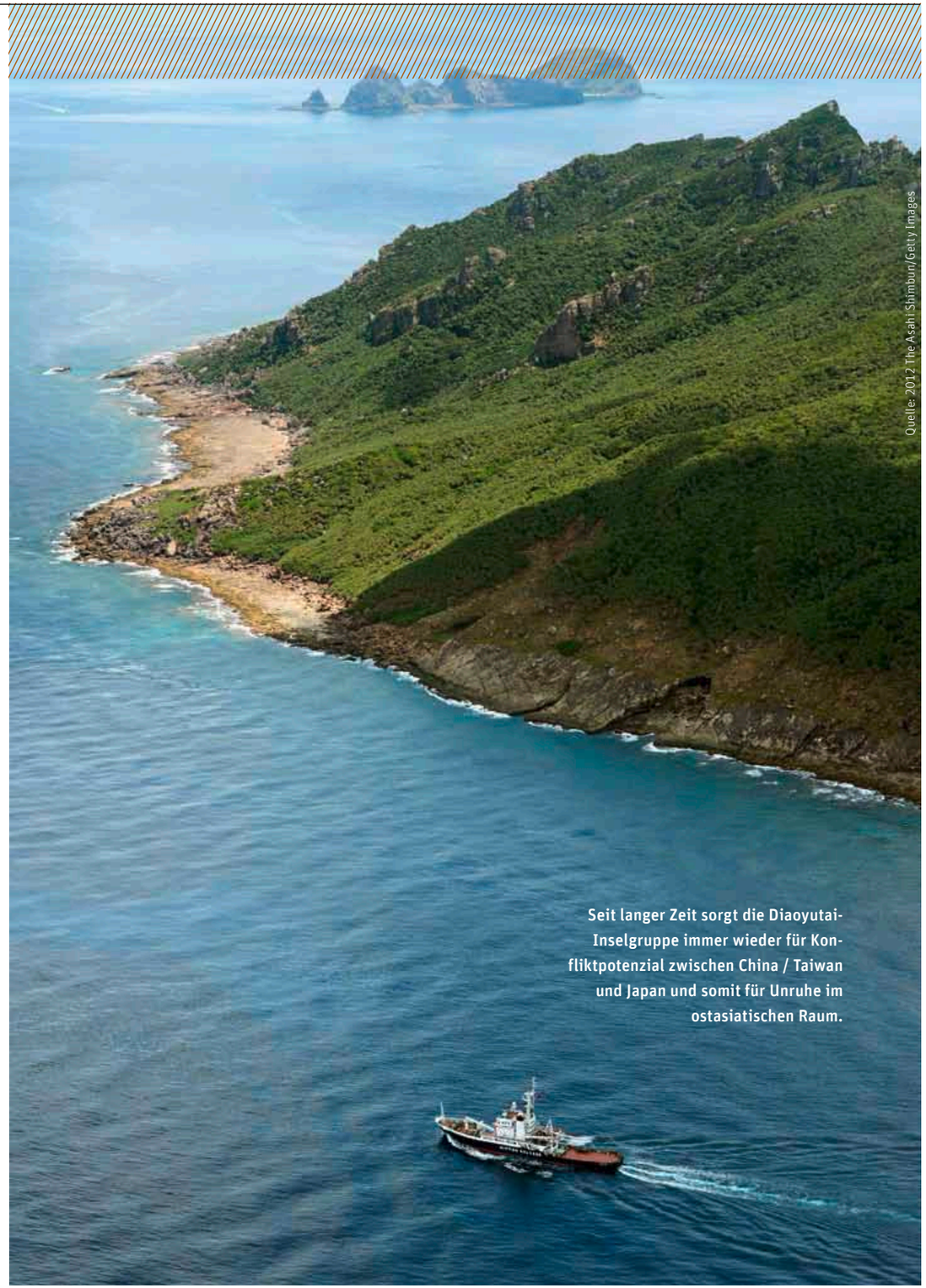
SHAOCHENG TANG /// Seit dem Ausbruch des Konfliktes um die Diaoyutai-Inseln zwischen der Volksrepublik China und der Republik China (heute: Taiwan) auf der einen und Japan auf der anderen Seite im September 2012 versucht die USA zu schlichten, in der Hoffnung, nicht in den Konflikt mit China verwickelt zu werden. Angesichts des Aufstiegs der VR China und ihrer Rapprochement-Politik gegenüber Taiwan seit 2008 versuchte Japan, die Inselrepublik durch ein Fischereiabkommen auf seine Seite zu ziehen. Allem Anschein nach wird dieser Konflikt um Diaoyutai in absehbarer Zukunft nicht gelöst werden können. Es gibt auch Parallelen zwischen dem Vorkriegs-Europa der 1930er-Jahre und dem heutigen Ostasien. Daher stellt sich auch die Frage: Könnte die Thucydides-Falle nochmals erfolgen?

Einleitung

Der Konflikt um die Diaoyutai-Inseln im ostchinesischen Meer zwischen China / Taiwan und Japan seit September 2012 hat große Schlagzeilen in den internationalen Medien verursacht. Ausgelöst wurde er durch die Nationalisierungspolitik der japanischen Regierung unter Premierminister Yoshihiko Noda. Der Archipel, bestehend aus fünf Inseln und drei Riffen, ist derzeit der administrativen Kontrolle Japans unterstellt und weist eine Gesamtfläche von rund 7 qkm auf. Es gibt ebenso Anzeichen der Eskalation wie der Beruhigung, welche beide gleichermaßen tiefgreifende Einflüsse auf die regionale Politik hatten und somit auch auf die Stabilität und den Frieden Ostasiens.

China

Bereits im 15. Jahrhundert, während der Ming-Dynastie (1368-1644) in China, gibt es Aufzeichnungen in den Büchern von Gesandten nach Ryukyu (im Japanischen Okinawa) und Seeatlanten über die Diaoyutai-Inseln. Die Bezeichnung Diaoyu geht vom chinesischen „Angeln" aus.[1] Damals stellten die Diaoyutai-Inseln Chinas Grenze zu Ryukyu dar und in der Qing-Dynasti (1644-1911) werden die Diaoyutai-Inseln zu Chinas In-



Quelle: 2012 The Asahi Shimbun/Getty Images

Seit langer Zeit sorgt die Diaoyutai-Inselgruppe immer wieder für Konfliktpotenzial zwischen China / Taiwan und Japan und somit für Unruhe im ostasiatischen Raum.

land dazu geschlagen. Die Diaoyutai-Inseln dienten während dieser Zeit als wichtiger Stützpunkt für Gesandte Chinas nach Ryukyu und wurde der Verwaltung der Fujian-Küstenregion unterstellt. In der Literatur der Qing-Dynastie wird beschrieben, dass die Diaoyutai-Inseln zum Fischfanggebiet der Zhejiang-, Fujian- und Taiwan-Fischer gehörten. Die chinesische Regierung hat auf den Diaoyutai-Inseln auch einen kleinen Hafen angelegt und mehrere Exkursionen dorthin unternommen. Hier geht es um das Okkupationsprinzip,[2] das sich vor allem auf offizielle Aufzeichnungen und praktische Aktionen stützt, jedoch waren die Inseln nicht ständig von Chinesen bewohnt.

Seit dem 16. Jahrhundert gehörten die Diaoyatai-Inseln zu CHINA.

Im „Vertrag von Shimonoseki" (1895) mit dem Kaiserreich Japan sah sich die geschlagene Qing-Regierung gezwungen, Taiwan und die damit verbundenen Inseln einschließlich der Diaoyutai-Inseln an Japan abzutreten. Noch während des Zweiten Weltkrieges, nach der Kairo-Deklaration (1943) und dem Potsdamer Abkommen (1945) zwischen den Alliierten gab Japan alle im Krieg besetzten Territorien an China zurück, darunter auch die Diaoyutai-Inseln. Jedoch brach in China bald der Bürgerkrieg aus.[3] Seit der Gründung der Volksrepublik (VR) China 1949 und insbesondere seit dem Ausbruch des Korea-Krieges (1950-1953) wurde dieser kommunistische Staat von den USA und ihren Verbündeten in Ostasien isoliert. Daher wurde China nicht zum Friedensvertrag von San Francisco (1951) zwischen Japan und den Siegermächten eingeladen und erkennt diesen Vertrag somit nicht an.

Außerdem hat der Linienkampf der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) dazu geführt, dass das bevölkerungsreichste Land der Erde während der Kulturrevolution der 1960er-Jahre vollkommen von der Außenwelt abgekapselt war. Auch Pekings Beziehungen zu Moskau verschlechterten sich, u. a. aufgrund ideologischer Meinungsunterschiede. Nach dem Zwischenfall zwischen diesen beiden Giganten am Ussuri 1969 veränderte sich die Weltpolitik grundlegend. Peking begann, sich den USA und Japan anzunähern und unter diesen Umständen schenkte Peking verständlicherweise den Diaoyutai-Inseln wenig Aufmerksamkeit, bis die VR China 1971 der UNO beitrat. Danach, insbesondere seit der Öffnungs- und Reformpolitik der VR China 1978, legte die chinesische Führung den Streit mit Japan um die Diaoyutai-Inseln vorerst bei, um möglichst viele Investitionen aus Japan zu erlangen.

Eine Rolle spielt auch, dass seit 1994 das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (SRÜ, englisch: United Nations Convention on the Law of the Sea, UNCLOS) in Kraft trat. Darin wurden die 12 Meilen Küstenmeer und 200 Meilen ausschließliche Wirtschaftszone (EEZ) festlegt,[4] was den Streit um die Diaoyutai-Inseln forcierte. Außerdem stieg China in den letzten Jahren zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt auf und hat somit die führende Position Japans im Hinblick auf Handel und seinen politischen Einfluss in Ostasien untergraben.

Ende des 19. Jahrhunderts begann die WECHSELVOLLE Geschichte der Inselgruppe zwischen China und Japan.

Seit 2005 gibt es Auseinandersetzungen zwischen den Fischern und den Küstenwachen beider Länder, welche 2012 ihren Höhepunkt erreichten. Daraufhin hat die VR China ihre Grundposition zu den Diaoyutai-Inseln bekundet, d. h., sie offiziell zu seinem Territorium erklärt.[5] Auch die Patrouillen ihrer Küstenwachen wurden verstärkt und waren mehrmals mit den japanischen Kontrahenten in Zusammenstöße verwickelt.

Seit in China der Kommunismus aufgeweicht wird, fördert die KP Chinas den Nationalismus, um ihre Legitimität zu stärken. Das gilt auch für die an die Macht gekommene Regierung unter Xi Jinping, die ihre Fähigkeit in der Innen- und Außenpolitik unter Beweis stellen will, um dadurch das Vertrauen des Volkes zu gewinnen. Sie hat somit wenig Spielraum in territorialen Fragen.

Taiwan

Aufgrund fünfzigjähriger Kolonialherrschaft Japans in Taiwan von 1895-1945 hat sich die Identität der Taiwanesen tiefgreifend verändert.[6] Zunächst fühlten sie sich durch die Abtretung Taiwans an Japan vom Vaterland verraten. Die japanischen Kolonialherren haben Taiwan aber aufgebaut, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft und Leichtindustrie. Vor dem Ausbruch des sino-japanischen Krieges in den 1930er-Jahren hat Japan eine Japaniserungspolitik in Taiwan durchgeführt, um die Taiwanesen an sich zu binden. Anhand der Änderung von Namen und Sprachen sieht man, dass die Taiwanesen größtenteils Japaner geworden waren.

Nach dem verlorenen Krieg Japans 1945 fing die in China von 1928-1945 regierende Kuomintang (Nationale Volkspartei)-Regierung 1945 an, Taiwan zurück zu holen. Vor dem Hinter-

50 Jahre JAPANISCHE Kolonialherrschaft in Taiwan haben ihre Spuren hinterlassen.

grund des Bürgerkrieges mit der KPCh und den Auseinandersetzungen zwischen chinesischen Festlandsbehörden und taiwanesischen Demonstranten hat der Zwischenfall vom 28.2.1947 dem Image der KMT in Taiwan sehr geschadet und so gab es für die Taiwanesen vier Optionen:

- zur VR China, bei einem Sieg der KPCh über die KMT,
- zur KMT, welche Taiwan weiter im Griff behält,
- Unabhängigkeit und somit Loslösung vom Bürgerkrieg oder
- zurück zu Japan in Erinnerung an die japanischen Errungenschaften in Taiwan.

1949 war die von den Kommunisten auf dem chinesischen Festland geschlagene KMT-Regierung unter Chiang Kaischek nach Taiwan umgesiedelt und hatte dort das Kriegsrecht verhängt. Der Ausbruch des Korea-Krieges 1950 und der anschließende Beistandsvertrag 1952 zwischen der Republic of China (ROC – Taiwans offizielle Selbstbezeichnung) und den USA haben die Teilung Taiwans vom Festland verfestigt. Da die ROC-Regierung auf Taiwan auch nicht zu den Friedensverhandlungen

von San Francisco eingeladen wurde, haben Taipei und Tokio kurz vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages mit Japan einen separaten Friedensvertrag unterzeichnet. Darin wurde klar gestellt, dass Japan die Rechte auf Taiwan aufgibt, jedoch wurden die Diaoyutai-Inseln nicht spezifisch genannt. Dieser Vertrag wurde aber 1972 bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Japan von Tokio für ungültig erklärt.

Die Diaoyutai-Inseln wurden zum SPIELBALL der jeweiligen Interessen von Taiwan, China und Japan.

Nach dem mehr als 20 Jahre andauernden Kampf zwischen Taipei und Peking um den Alleinvertretungsanspruch für China gelang es der VR China 1971, der UNO beizutreten. Um Tokio in diesem Kampf mit China auf seine Seite zu ziehen, spielte Taiwan den Konflikt mit Japan um die Diaoyutai-Inseln herunter.

Aufgrund der Pluralisierung der Gesellschaft Taiwans wurde in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre von der KMT-Regierung ein Demokratisierungsprozess eingeleitet. Die auf Taiwans Unabhängigkeit abzielende Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) wurde 1986 gegründet. Obwohl das Ergebnis der Präsidentschaftswahl 2012 zu Gunsten der KMT ausfiel (58 % zu 42 %), hegt die DPP aufgrund der unpopulären Politik des Präsidenten Ma Ying-jeous große Hoffnung auf den Wahlsieg im Jahr 2016.

Bezüglich der Ansprüche auf die Diaoyutai-Inseln stimmt die heutige KMT-Regierung in Taipei mit Peking überein. Aufgrund der Festlandswurzeln und der daraus entstandenen politischen Orientierung setzt die KMT stärkere Akzente im Streit mit Japan um Diaoyutai als die DPP. Der frühere und erste einheimische Präsident Taiwans, Lee Teng-hui, der von der KMT ausgeschlossen wurde, hatte angedeutet, dass die Diaoyutai-Inseln zu Japan gehörten,[7] denn ohne die Unterstützung der USA und Japans wäre Taiwans Unabhängigkeit nicht realisierbar gewesen. Um jedoch keine weiteren Meinungsverschiedenheiten in Taiwan selber zu bewirken und die strategischen Interessen der USA vis-à-vis China nicht zu beeinträchtigen, hat die Ma-Regierung in Taipei angedeutet, dass Taiwan in seinem Streit mit Japan um Diaoyutai nicht mit China kooperieren werde. Denn militärische Zusammenarbeit oder Ähnliches könnte als Anfang der Vertrauensbildenden Maßnahmen (CBM) zwischen Taiwan und China verstanden werden, die die USA und auch Japan ungerne sehen. Für Japan würde dies bedeuten, dass seine lebenswichtige Energieroute aus dem Nahen Osten durch die Taiwan-Straße bedroht wäre. Die USA würden auch ungerne den Einfluss Chinas quer durch die Taiwan-Straße in den Pazifik sehen.

Insgesamt beobachten die USA und Japan die Rapprochement- und Versöhnungspolitik zwischen der KMT-Regierung und Peking mit Skepsis. Eine anhaltende Konfrontation zwischen Taiwan und dem Festland würde den Interessen von Washington und Tokio besser dienen. Daher hätten die USA und Japan lieber einen Regierungswechsel Taiwans dahingehend gesehen, welcher weder die Wiedervereinigung mit China noch die Unabhängigkeit Taiwans anstrebt. Um Taiwans Nicht-Kooperationspolitik mit China zu festigen, hat Tokio im Mai 2013 ein Fischereiabkommen mit der Inselrepublik unterzeichnet. Dadurch vergrößern sich einerseits die Fischfanggebiete Taiwans immens, andererseits verbessert sich der internationale Status der Republik China dadurch, was sich Taipei sehr wünscht.

Die China-Taiwan-Problematik

Seit der Abspaltung Taiwans vom Festland 1949 hat Peking die Politik der Wiedervereinigung bis heute aufrecht erhalten. Aber die Mehrheit der Taiwanesen zieht den Status quo vor. Eine Wiedervereinigung mit dem Festland ist für sie sehr unwahrscheinlich. Taipei möchte darüber mit Peking auch gar nicht sprechen, denn die Taiwanesen fürchten nach einer Wiedervereinigung v. a., dass ihre in den letzten Jahrzehnten errungene Demokratie gefährdet würde.[8]

Eine ANNÄHERUNG zwischen Taiwan und China steht den Interessen von Japan und den USA entgegen.

Seit 2006 aber ist China der größte Handelspartner Taiwans. Es macht ca. 40 % von Taiwans Gesamtaußenhandelsvolumen aus. Aber obwohl Taipei und Peking 19 Handelsabkommen geschlossen haben, mangelt es immer noch an gegenseitigem Vertrauen. So hat sich China gemäß dem Anti-Sezessionsgesetz von 2005 (Gewaltanwendung gegen Taiwan, falls dieses seine Unabhängigkeit erklären sollte) bis heute immer noch nicht breit erklärt, auf Gewaltandrohung gegenüber Taiwan zu verzichten. Daher erachten viele Taiwanesen den Schutz der USA als weiterhin notwendig.

Die neueste Entwicklung der Beziehungen zwischen Taiwan und China zeigt der Bericht des 18. Kongress der KPCh im November 2012 (danach 18. Bericht).[9] Das Hauptmerkmal ist der „Fünf-in-Eins"-Gesamtplan mit der Forderung nach wirtschaftlichem, politischem, kulturellem, sozialem und ökologischem Fortschritt mit dem Ziel, eine Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand bis 2020 zu erreichen. Eine weitere grundlegende Aufgabe ist die „Modernisierung des Sozialismus und die Erneuerung der chinesischen Nation" mit dem Ziel, die „sozialistische modernisierte Nation" bis 2049 zu etablieren.

Das erste Mal wird im 18. Bericht klar gestellt, dass die Wiedervereinigung mit Taiwan mit der Wiederbelebung der chinesischen Nation in Zusammenhang gebracht werden soll, beginnend mit einer Vorstufe, nämlich die der „friedlichen Entwicklung", in der die politischen Beziehungen bzw. auch die CBM-Prozesse mit Taiwan arrangiert werden sollen. Diese Vorstufe wird von Peking als Übergangsregelung und langfristiger Prozess auf dem Weg zur Wiedervereinigung gesehen und es ist Peking klar, dass nur mit Zustimmung der Taiwanesen die Wiedervereinigung vollendet werden kann.

Japan

Nach der Unterzeichnung des „Vertrags von Shimonoseki“ 1895 hatte die japanische Regierung verkündet, dass bereits drei Monate zuvor in einem Beschluss des japanischen Kabinetts die als Niemandsland (terra nullius) identifizierten Diaoyutai-Inseln als japanisches Territorium gesehen wurden. Für Japan gehören die Diaoyutai-Inseln daher nicht zu den umliegenden Inseln Taiwans. Infolge der japanischen Kapitulation im Jahre 1945 stehen aber jene japanischen Territorien, die unter dem 30. Breitengrad liegen, in US-Treuhand. Gemäß dem Friedensvertrag von San Francisco zwischen Japan und den Siegemächten stehen die Diaoyu-Inseln und die umliegenden Inseln als Teile der Ryukyuer-Regierung somit unter US-Verwaltung.

1972 hat die USA der japanischen Regierung das Verwaltungsrecht, aber nicht die Souveränität der Diaoyutai-Inseln eingeräumt. Dagegen haben die VR China und die Republik China offiziell protestiert. Neben den politischen Schwierigkeiten Taiwans und Chinas spielt die Entdeckung von immensen Ressourcen unter dem umliegenden Meeresboden der Diaoyutai-Inseln auch eine Rolle. Die japanische Regierung jedoch beharrt darauf, dass sie seit 1895 bereits die effektive Kontrolle der Diaoyutai-Inseln innehatte. Allerdings verbietet Tokio strengstens, auch seinen eigenen Bürgern, die Diaoyutai-Inseln auszubauen oder zu vermessen.

Peking strebt langfristig die WIEDERVEREINIGUNG mit Taiwan an.

Aufgrund des Vertrags von Shimonoseki macht Japan bis HEUTE seine Ansprüche auf die Diaoyutai-Inseln geltend.

Der Streit zwischen Japan und der VR China bzw. Taiwan verläuft aber eher gemäßigt ab. Eine Verschärfung gab es nur durch die Nationalisierungspolitik der Diaoyu-Inseln seitens der japanischen Regierung unter Premierminister Yoshihiko Noda. Der ehemalige und seit Ende 2012 wieder amtierende Premierminister Shinzō Abe se zeigte starke Tendenzen nach rechts, was den Streit mit China forcierte. Neben dem Fischereiabkommen mit Taipei drängte Tokio auch darauf, die Waffenembargopolitik der EU aufrecht zu erhalten, mit dem Ziel, China in Schach zu halten.[10]

USA

Die USA hat sich seit dem-Pearl-Harbour Zwischenfall 1941 massiv im Pazifischen Krieg gegen Japan eingesetzt. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges, insbesondere seit dem Ausbruch des Korea-Krieges 1950, hat Washington eine Eindämmungspolitik gegen die Verbreitung des Kommunismus seitens der VR China und der Sowjetunion geführt. Japan ist neben den Staaten Ostasiens wie Süd-Korea, Taiwan, den Philippinen usw. zu einem der wichtigsten Vorposten der USA geworden. Daher wurden Beistandsverträge zwischen den USA und diesen ostasiatischen Staaten geschlossen, darunter auch der Vertrag zur gegenseitigen Sicherheit mit Japan 1952, welcher die Basis für Japans Sicherheit bildete. Der heute gültige Sicherheitsvertrag zwischen Japan und den USA von 1960 wurde als dessen Folgevertrag erneuert. Angesichts dieses Bündnisses sieht sich die Obama-Administration im Hinblick auf den Diaoyutai-Streit verpflichtet, Japan zu unterstützen.

Aufgrund des langjährigen Kampfes gegen den Terrorismus seit den Anschlägen vom 9.11.2001 hatte die US-Regierung ihr Engagement in Ostasien vernachlässigt. Diese prosperierende Region hat sich mittlerweile zum Zentrum der Weltwirtschaft entwickelt. Die wichtigsten Spieler in dieser Region, nämlich die USA, China und Japan, sind gleichzeitig, abgesehen von der EU, die drei größten Wirtschaftsmächte der Welt und auch untereinander die wichtigsten Handelspartner. Seit 2009 haben sich die USA wieder vermehrt Ostasien zugewandt. Dies empfindet China als erneute Eindämmungspolitik des Westens, mit dem Ziel, den Aufstieg Chinas zu verhindern. Die USA hingegen sehen sich eher in der Position eines Schiedsrichters. Der Streit um Diaoyutai zwischen China und Japan ist für die USA unumgänglich. Aufgrund der Bündnispflicht müssen die USA Japan unterstützen. Auf der anderen Seite aber fürchten die USA, in den Streit mit China hinein gezogen zu werden. Als im Juni 2013 Präsident Xi Jinping mit Obama in Kalifornien zu einem informellen Treffen zusammenkam, befürchtete Japans Premierminister Abe gleich, von den Amerikanern verkauft zu werden.

EU

Allein schon der Namensgebrauch Senkaku für die Inseln zeigt, dass die Europäer der Haltung Japans nahe stehen. Zudem stellt China geographisch gesehen keine strategische Bedrohung für Europa dar.[11] Auch fehlt es seitens der EU an effektiven Mitteln, sich unmittelbar in Ostasien einzumischen und die europäischen Staaten haben letztendlich viel mehr Handels- als strategische Interessen in dieser Region.[12]

Die Gewährleistung dieser Interessen setzt aber voraus, dass es u. a. zwischen der VR China und Japan nicht zum Konflikt kommt. Die Europäer hätten es daher gerne gesehen, dass die USA in Ostasien für Ordnung sorgen. So hat die EU erst eine Woche nach dem Zwischenfall auf den Diaoyutai-Inseln im September 2012 darauf reagiert. In einem Statement am 25. September 2012 forderte die Hohe Vertreterin / Vizepräsidentin Catherine Ashton alle betroffenen Parteien auf, friedliche und kooperative Lösungen in Einklang mit dem Völkerrecht zu suchen.[13] Sie umging dabei jedoch mit der Formulierung „die Entwicklung der Ostasien-Meeresgebiete“ bewusst die Nennung der beiden möglichen Inselbezeichnungen, um die neutrale Haltung der EU zu signalisieren. Auch in einer internen Antwort an das Europäische Parlament deutete sie an, dass die EU keine Ansicht bezgl. der Legitimität / Legalität der jeweiligen Ansprüche auf die Inseln zum Ausdruck bringe, setzte dabei jedoch die Diaoyutai-Inseln vor Senkaku, was wiederum von Peking als ein positives Zeichen seitens Brüssel interpretiert werden könnte. In Bezug auf die Werte und das Völker-

Die USA können in der Diaoyutai-Angelegenheit KEINE eindeutige Position einnehmen.

recht steht die EU Japan wohl näher, aber im Hinblick auf seine Handelsinteressen ist China für die EU doch noch viel wichtiger als Japan.[14] Die EU ist bereits Chinas größter Handelspartner und China ist nach den USA und mit großem Abstand zu Japan der zweitgrößte Handelspartner der EU. Im Streit in Ostasien steht die EU also vor einem Dilemma zwischen Werten und Interessen.

Vergleich

Eyre Crowe, ein renommierter britischer Diplomat, warnte 1907 in einer Denkschrift vor dem Aufstieg Deutschlands und der damit verbundenen Konfrontation mit England vor dem Ersten Weltkrieg. Henry Kissinger zieht hier einen Vergleich zwischen Europa und Ostasien, z. B. der Aufstieg Chinas und die damit verbundene mögliche Kollision mit den USA. Da die vorliegende Konstellation in Ostasien aber kein Nullsummenspiel ist wie Anfang des 20. Jahrhunderts in Europa, sondern eine starke Verflechtung der Staaten in Ostasien und der Außenwelt, allein schon durch die Globalisierung, darstellt, liegt hier für ihn eine andere Situation vor.[15] Der Autor sieht aber mehr Parallelen zwischen dem Aufstieg Deutschlands in den 1930er-Jahren und dem heutigen Ostasien bezüglich des Aufstiegs der VR China, nämlich das Wettrüsten in allen relevanten Staaten in der Region, Japans Leugnung von Kriegsverbrechen und das Sicherheitsengagement der USA und ihrer Verbündeten, um ein Gleichgewicht der Machtverhältnisse in der Region zu schaffen. Auch der Aufstieg des Nationalismus in China und Japan sowie ihre unterschiedlichen Ideologien und Werte spielen eine Rolle. Der bekannte Harvard-Professor Graham Allison hat in diesem Zusammenhang auch davor gewarnt,[16] dass die

Die Situation in Ostasien könnte zu einem „NEUEN KALTEN KRIEG“ führen.

Thucydides-Falle nochmals zuschnappen könnte, wenn das aufsteigende China und die etablierte Supermacht USA nicht miteinander zurecht kämen. Seit 1500 kam es in 11 von 15 Fällen, in denen eine aufsteigende Macht mit einer stabilen Macht kollidierte, dadurch zu einem Krieg. Die letzten zwei Beispiele dazu sind Deutschland und England in den Jahren 1914 und 1939.

Dementsprechend interpretiert der Autor die derzeitige Situation in Ostasien als „Neuen Kalten Krieg“. Im Gegensatz zum „Kalten Krieg“ nach dem Zweiten Weltkrieg ist der „Neue Kalte Krieg“ in Ostasien sowohl mit unlösbarem Streit als auch mit immensen Interessen verbunden. Bei einem bilateralen Handelsvolumen von über 300 Mill. USD, welches nach dem Zwischenfall im September 2012 bereits um 8-10 % gesunken ist, ist sowohl China wie auch Japan klar, welches Schadensausmaß ein Konflikt hier haben würde.

Epilog

Da die VR China an allen Nachkriegsverhandlungen zu den Diaoyutai-Inseln nicht teilgenommen hat, erkennt sie deren Ergebnisse nicht an und beharrt auf der Grundlage der historischen Souveränität. Japan hingegen setzt fest auf sein effektives Kontrollprinzip, welches das moderne Völkerrecht anerkennt. Die Diaoyutai-Inseln bilden somit ein Streitobjekt zwischen China und Japan in der Auslegung der Prinzipien des Völkerrechts, angefangen beim Begriff „terra nullius“. Und dabei zeigen beide wenig Kompromissbereitschaft. Denn die selbsternannte Großmacht China braucht die territoriale Integrität für ihre Glaubwürdigkeit und Japan versucht, die Folgen des Zweiten Weltkriegs zu überwinden und anhand von Verfassungsänderungen ein normaler Staat zu werden. Es geht hier nicht nur um Völkerrecht, Ressourcen u. Ä., sondern vielmehr um Prestige.

Daneben enthält der Streit aber auch ein machtpolitisches Element, über das die USA nicht hinweg sehen kann. Denn Peking versucht, Moskau an sich zu ziehen, zumal Japan auch territoriale Konflikte mit Russland hat. Der Streit um die Diaoyutai-Inseln hat die Aufrüstung und den Nationalismus in China und Japan forciert.

Der schnelle Aufstieg Chinas bedroht nicht nur den Handel und die militärische Aufrüstung im Westen, sondern vielmehr auch die Werte, Normen und Regeln, die die Europäer unter der

Der Streit um die Diaoyutai-Inseln hat GLOBALE Auswirkungen.

Führung der USA seit 1945 weltweit installiert haben. Beste Beispiele sind die von den USA geführte Weltbank und der von den Europäern geführte IWF. Aufgrund der Weltfinanzkrise im Jahr 2009 sieht sich der Westen immer weniger in der Lage, seine Probleme selbst zu lösen. China hingegen hat mittlerweile die Rolle einer Feuerwehr zur Beseitigung von globalen Krisen übernommen. Durch die zunehmende Beteiligung Chinas an der Weltbank drohen die USA dort, die Kontrolle zu verlieren. Auch die Maßnahme, statt in USD mit RMB als Zahlungsmittel im Außenhandel diesen mit zahlreichen Ländern durchzuführen, schwächt die Rolle des Dollars in der Weltwirtschaft zunehmend. Hat China mittlerweile vielleicht ein dem Westen überlegeneres System?

China muss unter Xi Jinping auf alle Fälle weiterhin innenpolitische Reformen erfolgreich durchführen und das Wirtschaftswachstum aufrecht erhalten. Voraussetzung dieser Entwicklung aber ist Frieden an Chinas Peripherie. Innenpolitische Schwierigkeiten Chinas könnten möglicherweise Ablenkungsmanöver der PLA (Volksbefreiungsarmee) nach außen einleiten. Daher ist der Streit um die Diaoyutai-Inseln in Ostasien, wo ein Sicherheitssystem europäischer Art fehlt, ein sehr sensitiver und gefährlicher Zündstoff, der verheerende Konsequenzen haben könnte. Ob die immer stärker werdende Verflechtung der relevanten Staaten im Rahmen der Globalisierung langfristig den Konflikt um die Diaoyutai-Inseln entschärfen kann, bleibt noch abzuwarten. ///

/// PROF. DR. SHAOCHENG TANG
ist Research Fellow, Professor, Head, Division of American and European Affairs am Institute of International Relations, der IIR National Chengchi University, NCCU sowie Director des EU Research Center, NCCU, Taipei.

Anmerkungen

[1] Gonzheng: Bericht über die Staaten des Westens, Seeatlas von Zhenghe, zwei Seewege, Shanghai, China Bücherei, 1.4.2000, S. 253.
[2] Oppenheim, Lassa: International Law §§222-223, hrsg. von Hersch Lauterpacht, 5. Aufl., 1937, S. 439-441.
[3] Kindermann, Gottfried-Karl: Chinas unbeendeter Bürgerkrieg: im Spannungsfeld Peking-Taiwan-USA 1949-1980, Wien / München, 1980.
[4] The United Nations Convention on the Law of the Sea (A historical perspective). United Nations Division for Ocean Affairs and the Law of the Sea, http://www.un.org/depts/los/convention_agreements/convention_overview_convention.htm, Stand: 8.7.2013.
[5] Festland verkündet Basislinien des Küstenmeeres um die Diaoyutai-Inseln, http://www.cna.com.tw/News/firstnews/201209100055-1.aspx, Stand: 8.7.2013.
[6] Shaocheng, Tang: Problems of Taiwan's Identity, Taipei / Wunjingtang, 2012.
[7] Teng-hui, Lee: Die Diaoyutai-Inseln sind seit jeher Territorium Japans in: China Times, 13.9.2012, http://news.chinatimes.com/focus/501011921/112012091300101.html, Stand: 8.7.2013.
[8] Shaocheng, Tang: Cross Strait Relations, in: Views from Taiwan on the Mainland, hrsg. von Tang Shaocheng, Taipei, 2012, S. 346-392.
[9] CPC's 18th Party Congress Report, http://news.xinhuanet.com/18cpcnc/2012-11/17/c_113711665.htm, Stand: 3.7.2013.
[10] Ueta, Takako: EU Policy toward Asia and the Pacific: A View from Japan, RSCAS 2013/15, Robert Schuman Centre for Advanced Studies, Global Governance Programme-40, http://www.tepsa.eu/wp-content/uploads/2013/03/Working-paper-on-EU-Japan-Asia-Pacific.pdf.
[11] Shaocheng, Tang: The European Union and the Taiwan Strait Relations (1996-2009) – A Content Analysis, Issues & Studies 46/1, March 2010, S. 55-87.
[12] EU quiet as trouble brews in Asia, 18.9.2012, http://euobserver.com/opinion/117580, Stand: 1.7.2013.
[13] Brussels: 25 September 2012 Declaration by the High Representative Catherine Ashton, on behalf of the European Union on recent developments, in: East Asia's maritime areas, Reference: PESC/12/399 Event Date: 25/09/2012, http://europa.eu/rapid/press-release_PESC-12-399, Stand: 1.7.2013.
[14] Kundnani, Hans: Europe's East Asian dilemma, 27.2.2013, http://ecfr.eu/blog/entry/europes_east_asian_dilemma, Stand: 1.7.2013
[15] Kissinger, Henry: On China, New York 2011, S. 502-518.
[16] Graham, Allison: Thucydides's trap has been sprung in the Pacific, http://www.ft.com/intl/cms/s/0/5d695b5a-ead3-11e1-984b-00144feab49a.html#axzz2Xx5qjUdB, Stand: 3.7.2013.

/// „Yes We Can"

BARACK OBAMA – SEINE REDEN UND IHRE HINTERGRÜNDE

MARKUS VOSS /// US-Präsident Barack Obama gilt als einer der hervorragendsten Redner weltweit. Doch das war nicht immer so, denn lange vor „Yes We Can" ist dem eine biographische Entwicklung vorangegangen. Was unterscheidet die Reden Barack Obamas von anderen? Was lässt sich geisteswissenschaftlich daraus lernen, dass er Vieles in Grundzügen selbst schreibt?

Berlin – ein Klassiker

Als US-Präsident Barack Obama am 18. und 19. Juni 2013 als höchster Staatsgast in Berlin weilte, war die Stimmung im Vergleich zum Besuch des US-Senators Barack Obama 2008 sehr verschieden. Damals, an einem lauwarmen Donnerstag, vor einem ihm durch und durch gesonnenen Publikum, konnte der Senator als Weltbürger von nuklearer Abrüstung und Maßnahmen gegen den Klimawandel sprechen, dabei seine Vision für die Zukunft der Welt darlegend.[1] Jetzt, an einem brütend heißen Mittwoch, trat er aber als Staatsoberhaupt und Regierungschef zugleich vor eine Öffentlichkeit, die sich deutlich ausdifferenziert hatte, noch dazu vor dem Hintergrund der letzten NSA-Affären.[2]

Seine Rede wurde mit Spannung erwartet. Obwohl klar war, dass Obama sich erst Stunden zuvor für mehrere Tage mit den Regierungschefs der acht größten Industrienationen in Loch Éirne getroffen hatte, knapp zwei Stunden von Belfast entfernt, und obwohl bekannt war, dass Obama prinzipiell den Zeitpunkt und Ort einer Stellungnahme selbst bestimmen möchte, stand die große Frage im Raum: Was würde er sagen? Man darf die in diversen Kommentaren oft mit einer gewissen Polemik vorgetragenen Prognosen wohl so charakterisieren: Würde der Präsident ein romantisches „Ich-bin-ein-Berliner" säuseln oder ein knallhartes politisches Programm zum damaligen Stand der NSA-Affäre darlegen?

In dieser Situation war absehbar, dass es eine typische Obama-Rede werden würde, d. h., er sowohl an seinen eigenen Besuch fünf Jahre zuvor als auch an die Rede von Präsident John F. Kennedy, die sich nur wenige Tage später zum 50. Mal jährte, anknüpfen würde. Er würde wieder visionär von der Welt sprechen, wie sie sein sollte, etwa in Hinblick auf Klimawandel und nukleare Abrüstung und gleichzeitig würde es um die